Damit es für alle reicht, muss die Kita in Bergen erweitert werden. Dafür gibt es Zuschüsse, allerdings bleibt ein großer Teil der Kosten für die Kinderbetreuung an den Kommunen hängen – die auf die Eltern umzulegen, ist politisch kaum durchsetzbar. Foto: Verena Heißerer

Kinderbetreuung überfordert Finanzen

Wenn die Rechnung nicht mehr aufgeht: Gemeinden kämpfen mit sinkenden Einnahmen

Von Verena Heißerer

Aichach-Friedberg – Das Defizit der Kommunen in Bayern betrug im vergangenen Jahr über fünf Milliarden Euro. Das ist fast doppelt so viel wie im Jahr davor, bis 2022 konnten die Kämmerer meist sogar noch Überschüsse verzeichnen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung. Die Finanznot der Gemeinden ist enorm: Schuld daran sind laut den Autoren vor allem gestiegene Kosten, hauptsächlich im Personalbereich. Und auch in diesem Jahr sieht es nicht viel besser aus, wie ein Blick in die Haushaltspläne der Gemeinden im Wittelsbacher Land zeigt.

Todtenweis hat aufgrund der prekären Finanzlage kürzlich eine Haushaltssperre erlassen und will – und muss – ein Konzept erarbeiten, wie die Finanzen wieder in Ordnung gebracht werden sollen. In Pöttmes setzten die Räte den Rotstift an: der Kindergartenbus, die Berufsorientierung an der Schule und die Stelle des Jugendpflegers wurden gestrichen – unter anderem. Das sind drei der Einschnitte, die die Bürger direkt zu spüren bekommen. Auf der anderen Seite wurden beispielsweise die Elternbeiträge für die Kinderbetreuung um rund 20 Prozent erhöht. Für die anstehende Schulsanierung reicht es trotzdem nicht. Sie wurde erst einmal verschoben.

Empfindliche Einschnitte für die Bürger

Auch in Affing fehlt es an Einnahmen, die Gewerbesteuer ist im Vergleich zum Vorjahr um über eine Million Euro eingebrochen. Klappt es nicht mit den geplanten Grundstücksverkäufen, die Millionen in die Kasse spülen sollen, wird wohl ein Nachtrag fällig.

Die Liste der Beispiele ließe sich noch weiterführen. Als Gradmesser dafür, wie gesund die Finanzen einer Gemeinde sind, lässt sich die sogenannte Zuführung vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt heranziehen: Je größer die freie Spanne, desto besser, denn umso mehr freiwillige Leistungen sind möglich. Die Zuführung ist der Überschuss, den die Verwaltung im laufenden Betrieb erwirtschaftet, damit soll man finanzieren, was man investiert. Das Haushaltsrecht sieht eigentlich auch eine sogenannte Mindestzuführung vor: Sie muss so hoch sein, wie die Tilgungsraten für Kredite.

In den vergangenen Jahren kommen aber immer mehr Kommunen ins Straucheln. Laut Anton Demmel bundesweit. Er ist Dozent für Kommunalrecht an der Bayerischen Verwaltungsschule und erstellt als externer Berater beispielsweise Haushalte für Gemeinden.

Die freie Spanne wird immer kleiner

Im Wittelsbacher Land schaffen einige Gemeinden die geforderte Zuführung nicht mehr: In Affing sind es gerade einmal 8600 Euro, praktisch so gut wie nichts. Auch in Aindling muss man auf Rücklagen zurückgreifen, um die Lücken zu schließen, Baar gelingt es in diesem Jahr ebenfalls nicht.

In manchen Gemeinden läuft die Verschiebung sogar in die falsche Richtung: In Todtenweis, Pöttmes, Petersdorf, Obergriesbach und Adelzhausen hilft der Vermögenshaushalt aus, um den Betrieb am Laufen zu halten.

Das grundsätzliche Problem: Die Steuereinnahmen – bei den Kommunen vor allem die Gewerbesteuer – sinken, während die Ausgaben steigen. Etwa für Energie oder Personal. Wobei viele kommunale Einrichtungen kostendeckend arbeiten müssen. Oder besser müssten. Beispielsweise die Abwasserentsorgung und die Wasserversorgung. Dasselbe gelte laut Demmel eigentlich auch für die Kinderbetreuung. Allerdings sieht auch er hier ein großes Problem: Alle Kosten auf die Eltern umzulegen, sei politisch unmöglich. Statt 150 Euro im Monat müsste der Anteil wohl drei Mal so hoch sein, um kein Defizit zu erwirtschaften, schätzt der Experte. In Pöttmes war während der Haushaltsberatungen sogar die Rede von einer nötigen Beitragserhöhung für die Eltern um 600 Euro, um auf Null herauszukommen.

Die Kostensteigerung vor allem beim Personal in diesem Bereich sei immens, exemplarisch berichtet Demmel von einer 6000-Einwohner-Gemeinde, in der das Defizit in der Kinderbetreuung, das die Kommune trägt, von 600 000 Euro im Jahr 2016 auf heute über 1,7 Millionen gestiegen ist. „Das ist systembedingt, dafür können die Kommunen nichts“, so Demmel. Beispiele für enorme Kostensteigerungen im Kita-Bereich gibt es auch im Wittelsbacher Land zuhauf: 2017 lag der Anteil der Kommune in Schiltberg bei 160 000 Euro, heuer muss ein Defizit von 650 000 Euro ausgeglichen werden. Dort konnte man die Mindestzuführung gerade noch so erreichen.

Dass der Freistaat Zuschüsse gewähre, etwa für den Bau von Kitas oder das Personal, sei zwar schön, aber eben auch nur ein Zuschuss. Der Rest bleibe an den Gemeinden hängen – und könne kaum gegenfinanziert werden, meint Demmel.

Für die Haushaltsmisere machen die Kommunen auch Bund und Land verantwortlich: Die Staatsregierung wälze immer mehr Aufgaben auf die Gemeinden ab, ohne sie finanziell dafür auszustatten. Ein Beispiel: Das Recht auf Ganztagsbetreuung der Grundschüler.

Gemeinden haben sich an gute Einnahmen gewöhnt

Auf der Einnahmenseite bestimmt die Gewerbesteuer über das „Wohl und Wehe“ einer Gemeinde. Die geht nun oftmals zurück – in Affing etwa rechnet man heuer mit einem Minus von über einer Million Euro im Vergleich zum Vorjahr. Hätte man die gehabt, sähe der Haushalt viel besser aus, erklärt der Finanzexperte, der den Affinger Haushalt als externer Berater aufgestellt hat.

Laut Demmels Beobachtung hätten sich die Gemeindefinanzen seit 2012, als die Nachwirkungen der Finanzkrise überstanden waren, stetig erholt. „Die Gemeinden haben sich an die guten Einnahmen gewöhnt“, meint Demmel, nun gehe es eben wieder rückwärts, nicht jede freiwillige Leistung sei mehr möglich.

Und: „Die Gemeinden müssten mutiger sein – auch wenn man sich keine Freunde macht“, findet der Experte für Kommunalfinanzen. Neben der Anpassung der Gebühren für Wasser oder Abwasser meint er damit auch die Grundsteuer. Das sei eine der wenigen Stellschrauben, an der die Kommunen drehen könnten.

Doch auch hier hat der Freistaat mit dem Versprechen der Aufkommensneutralität – die Einnahmen würden nach der Reform nicht höher sein als vorher – zumindest politisch eine Grenze gesetzt. Verpflichtet sich daran zu halten, wären die Gemeinden nicht. *AZ*

POSITIVE AUSREISSER

Im Wittelsbacher Land gibt es aber auch positive Ausreißer: Kühbach etwa ist das dritte Jahr infolge schuldenfrei. Die Kämmerei freut sich über sprudelnde Gewerbesteuereinnahmen. Für heuer sind etwa drei Millionen veranschlagt. Doch auch das ist schon nur noch etwas mehr als die Hälfte des Ergebnisses von 2024: Damals bekam Kühbach 5,9 Millionen Euro Gewerbesteuer. Was immer noch wenig ist im Vergleich zu 2022 ist: Satte 15 Millionen Euro an Gewerbesteuer flossen damals in den Gemeindesäckel. Allerdings war auch das ein völlig untypischer Ausreißer. Auch die Entwicklung in Kühbach entzieht sich also nicht dem Trend der sinkenden Einnahmen.

Guter Dinge ist man derweil noch in Aichach. Im Haushaltsplan konnte die Mindestzuführung gerade so erreicht werden. Eine erste Zwischenbilanz fiel kürzlich recht optimistisch aus: „Einnahmen positiv, Ausgaben negativ,“, meldete Kämmerer Wolfgang Ostermair. Die Stadt rechnet sogar mit höheren Steuereinnahmen als im vergangenen Jahr. *vga*

AZ INTERN

Fast 10 000 Temposünder hat die Polizei beim letzten bayerischen Blitzermarathon aus dem Verkehr gezogen. Aus unserer Redaktion wurde niemand erwischt. Das hat nix mit Glück zu tun. Wir fahren halt diszipliniert. Ehrlich. Meistens.

Gut, Kollegen H. haben die Laser-Polizisten jüngst in der Tempo-30-Zone bei Ecknach rausgeholt; er bezahlte gleich bar.

Unsere Sekretärin S. saust zwar sehr flott mit dem Radl übers Land, ihr letztes Bußgeld liegt aber schon ein paar Jahre zurück. Sie war in Unterzeitlbach unterwegs. Zusammen mit dem Sohnemann. Begleitetes Fahren. Der Bursche war 17, die Mama saß auf dem Beifahrersitz. Die Geldbuße musste dennoch sie bezahlen, weil sie den Bub mit geeicht gemessenen 58 km/h durch den Ort flitzen ließ.

Nun flatterte der Redaktion eine Pressemitteilung eines Juristen-Büros ins Haus. „Kuriose Ausreden von Temposündern“ hieß es da. Jetzt sind wir alle gescheiter: Wenn das Blitzerfoto im Briefkasten liegt, hülfe es wenig zu sagen: „Ich war's nicht“. Das müsste man schon mit einem „anthropologischen Sachverständigengutachten“ beweisen, das „eine Vielzahl individueller Merkmale des Gesichts untersucht“.

Ebenso nicht zielführend ist die Ausrede „Das Fahrzeug beschleunigte von allein“, weil das Assistenzsystem das Tempo-80-Schild auf einem vorausfahrenden Anhänger fälschlicherweise als Tempolimit gelesen hat. Was eher funktioniert: „Ich hatte schlimme Magenkrämpfe.“

Das gilt als „medizinischer Notstand“, der eine Geschwindigkeitsüberschreitung erlauben würde. Allerdings braucht man ein ärztliches Attest, das den „akuten Stuhldrang“ bestätigt. Das Papier darf nachgereicht werden.

Lieber langsam

fährt die AZ-Redaktion

Zu betrunken für Alkoholtest

Friedberg – Die Polizei Friedberg verhinderte am Montagabend die Weiterfahrt eines offensichtlich völlig betrunkenen Lkw-Fahrers. Laut Polizeibericht fiel den Beamten einer Streife gegen 19.15 Uhr an einer Tankstelle ein Lkw-Fahrer auf, der nach dem Konsum von Alkohol gerade wieder in seine Zugmaschine steigen wollte. Wie die Polizei in Friedberg auf Nachfrage bestätigte, war er so betrunken, dass er einen Atemalkoholtest nicht mehr durchführen konnte. Jedoch habe er stark nach Alkohol gerochen und schien entsprechend beeinträchtigt. Die Beamten untersagten ihm die Weiterfahrt. *AZ*

Feld im malerischen Morgenrot

Um 6 Uhr morgens fing Julia Vetterle aus Motzenhofen kürzlich diesen zauberhaften Blick ein. Malerisch liegen die Heuballen auf dem Feld, kein Mensch war zu der Zeit unterwegs.

WO STEHT'S?

KISSING
Wandern rund um den Weitmannsee
Die Serie „Sonntagswandern im Wittelsbacher Land“ führt in den Süden des Landkreises, zum Weitmannsee bei Kissing und seiner Geschichte
Seite 20

HILGERTSHAUSEN
Gemeinde erstellt Baumkataster
Um die Gefährdung von Fußgängern und Radfahrern zu vermeiden, hat der Gemeinderat die Erstellung eines Baumkatasters beschlossen. **Seite 21**